

- 2 **Rente** Wachstum trotz alternder Gesellschaft
- 3 **FuE** Innovationen gehen von Deutschland aus
- 4 **Umwelt** Fairer Wandel mit Klimaprämie
- 6 **Lebensqualität** Wohlstand wächst langsam
- Tarife** Löhne steigen kräftig
- 7 **Ausbildung** Tarif lohnt sich für Azubis

DEMOKRATIE

Unsichere Berufsperspektiven nutzen Rechten

Sorgen um die berufliche Zukunft reichen in Ostdeutschland deutlich weiter als im Westen. Das schlägt sich auch in Wahlergebnissen nieder.

Rechtspopulisten profitieren von Verunsicherung und Zukunftssorgen in der Gesellschaft. Dabei spielen das Gefühl mangelnder Anerkennung oder das Thema Migration eine Rolle und vor allem konkrete ökonomische Unsicherheit. Diese Unsicherheit ist bei den Menschen in Ostdeutschland verbreiteter als in Westdeutschland, zeigt eine aktuelle Analyse von Bettina Kohlrausch, Soziologin an der Universität Paderborn. Die Auswertung beruht auf einer repräsentativen Befragung zu „sozialen Lebenslagen“, für die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zwischen 2017 und Anfang 2019 in mehreren Wellen 4892 Wahlberechtigte in Deutschland interviewt wurden.

Während sich im Westen vor allem un- und angelernte Beschäftigte große Sorgen um ihre berufliche und soziale Zukunft machen – und zugleich überdurchschnittlich häufig rechte Parteien wählen –, trifft das in den neuen Bundesländern auch auf Berufsgruppen mit mittlerem Status wie Facharbeiter oder Angestellte mit mittlerem Bildungsabschluss zu. Beispielsweise machen sich 11,9 Prozent der Facharbeiter im Osten große Sorgen um ihre Arbeitsplatzsituation, aber nur 6,2 Prozent der Facharbeiter im Westen. „Das Aufstiegs- und Sicherheitsversprechen der alten Bundesrepublik ist im Osten

auch 30 Jahre nach dem Mauerfall in der Mitte der Gesellschaft nicht angekommen“, sagt Kohlrausch. Vor diesem Hintergrund sei es problematisch, dass Instrumente und Regeln, die im Arbeitsleben für bessere Bedingungen sorgen, im Osten weitaus weniger verbreitet sind. So werden

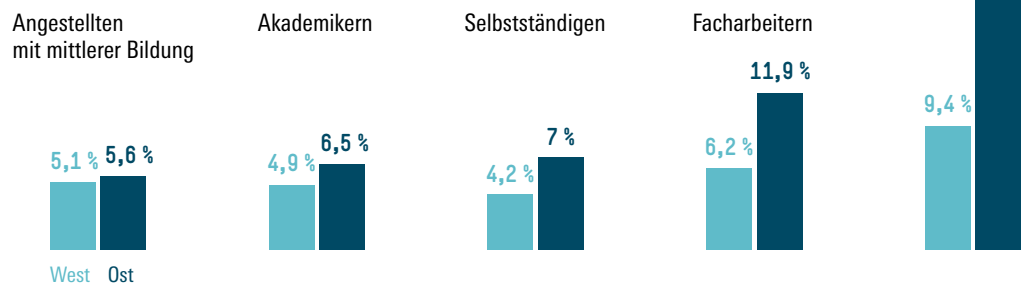
beispielsweise in Sachsen nur 39 und in Brandenburg lediglich 45 Prozent der Beschäftigten nach einem Tarifvertrag bezahlt. Im Mittel der westdeutschen Bundesländer sind es dagegen 57 Prozent.

Dass Sorgen um die berufliche Zukunft einhergehen mit einer erhöhten Neigung, Rechtspopulisten zu wählen, zeigt die Forscherin am Beispiel der Aussage: „Ich habe berufliche Chancen in Europa und der ganzen Welt.“ Dem stimmten in der Befragung ostdeutsche Beschäftigte deutlich seltener zu als westdeutsche mit gleicher Qualifikation. Und wer keine Chancen für sich sah, wählte im Osten bei der vergangenen Bundestagswahl deutlich häufiger AfD als ein Wahlberechtigter, der zustimmte. Dabei waren mögliche Unterschiede aufgrund von Geschlecht, Alter, Migrati-

Ostdeutsche fürchten häufiger um die berufliche Zukunft

Große Sorgen um ihre Arbeitsplatzsituation machen sich von den ...

An- und Ungelernten **24%**



Quelle: Datensatz soziale Lebenslagen, Berechnungen Kohlrausch 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1582

onshintergrund oder ihrer Haltung zu Zuwanderung bereits herausgerechnet. „Das Gefühl, für die kommende Transformation in der Arbeitswelt gerüstet zu sein – oder nicht – beeinflusst ganz offenbar Wahlentscheidungen“, sagt die Wissenschaftlerin. <

Wachstum trotz alternder Gesellschaft

Höhere Beiträge für die Alterssicherung schaden nicht dem Wirtschaftswachstum, zeigt eine aktuelle Studie. Denn Renten sorgen für Nachfrage.

In den kommenden Jahren gehen viele Beschäftigte aus geburtenstarken Jahrgängen – die sogenannten Babyboomer – in den Ruhestand. Das wird nicht ohne Folgen für die Rentenbeiträge bleiben. Wie wird sich dies auf die Volkswirtschaft auswirken? Diese Frage haben sich Ökonomen von IMK, WSI und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin gestellt. Sie stützen ihre Untersuchung auf umfassende Berechnungen mit dem makroökonomischen Modell des IMK, das die Verflechtungen der deutschen Gesamtwirtschaft datengestützt nachbildet.

Nach einer weit verbreiteten Meinung schaden höhere Rentenbeiträge der Wirtschaft, weil sie die Arbeitskosten steigern und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Sie würden das Wirtschaftswachstum bremsen und zu steigender Arbeitslosigkeit führen, wird argumentiert. So einfach ist der Zusammenhang jedoch nicht, erklären die Wissenschaftler. Sie haben berechnet, wie sich das Bruttoinlandsprodukt langfristig entwickelt, wenn die Beitragssätze um einen Prozentpunkt steigen. Ergebnis: Es bleibt nahezu unverändert. Die Beschäftigung würde ebenfalls nicht zurückgehen. Das liegt daran, dass sich verschiedene Effekte gegenseitig aufheben: Zwar fallen die Lohnstückkosten dann tatsächlich etwas höher aus. Das dürfte in erster Linie die Exportwirtschaft treffen. Auf der anderen Seite kämen die höheren Beiträge einer großen Zahl von Rentnerinnen und Rentnern zugute. Diese hätten in der Summe mehr Geld zur Verfügung, was wiederum die Binnennachfrage stärken würde. Selbst wenn man einrechnet, dass die Reallöhne der Arbeitnehmer wegen ihres nun höheren Beitrags zur Rentenversicherung weniger stark zule-

gen, bleibt unter dem Strich eine leicht positive Wirkung für den Konsum. Steigen die Beitragssätze um mehr als einen Prozentpunkt, erhöhen sich die gesamtwirtschaftlichen Effekte proportional stärker.

Mix aus Steuermitteln und höheren Beiträgen

Die Folgen für das Wachstum wären nach Berechnungen des IMK ähnlich gering, wenn man die Rentenkasse nicht durch höhere Beiträge, sondern alternativ mit höheren direkten Steuern stärken würde. Allerdings würden sich dann insbesondere die Nettolöhne pro Kopf etwas schlechter als bei einer Beitragssatzerhöhung entwickeln, weil nun die Unternehmen – im Unterschied zur Beitragsfinanzierung – weit weniger an der Finanzierung beteiligt würden. Einen Vorteil hätten Zuschüsse aus Steuermitteln aber: Besserverdiener würden stärker belastet als im Falle der Beitragsfinanzierung und Beamte und Selbstständige würden einbezogen. Gesamtgesellschaftlich betrachtet könne dies „die notwendige Akzeptanz von steigenden Rentenausgaben erhöhen“.

Das Fazit der Ökonomen lautet: Die steigenden Rentenausgaben sollten durch eine Kombination aus höheren Beitragssätzen und Steuermitteln finanziert werden. Dadurch seien „keine nennenswerten negativen Wachstums- und Beschäftigungseffekte“ zu befürchten. Zusätzlich sollten Selbstständige und Beamte schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden, um die notwendigen Ausgaben auf mehr Schultern zu verteilen. <

Quelle: Fabian Lindner, Camille Logeay, Rudolf Zwiener, Florian Blank: Demografischer Wandel: Zu den gesamtwirtschaftlichen Effekten höherer Beitragssätze und Steuern, IMK Policy Brief, Juli 2019. Download: bit.do/impuls1583

Wenn die Babyboomer in Rente gehen

Auf 100 Menschen im Alter von 20 bis 64 kommen in Deutschland so viele Über-64-Jährige ...

heute **36**



im Jahr 2040 **54**



bei moderater Entwicklung der Geburten und Lebenserwartung sowie niedrigem Wanderungssaldo; Quelle: Destatis 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1584

Innovationen gehen von Deutschland aus

Schadet es dem Standort Deutschland, wenn deutsche Firmen im Ausland forschen? Nein, meistens geht es darum, das in der Heimat entwickelte Wissen zu ergänzen.

Jede vierte Erfindung machen große deutsche Unternehmen in ihren Forschungslaboren im Ausland. Drei Viertel der deutschen Unternehmensforschung im Ausland konzentrieren sich auf Technologien, in denen die Firmen auch in Deutschland besonders stark sind. Entscheidend für die Innovationskraft der weltweit tätigen deutschen Unternehmen bleibt meist der Standort Deutschland. Allerdings mit einer gewichtigen Ausnahme: Forschung zu Computertechnik, Datenverarbeitung und Kommunikationstechnik betreiben deutsche Konzerne offensichtlich oft gezielt in Ländern, die auf diesen Gebieten versierter sind als Deutschland. Zu diesen Ergebnissen kommen Forscher des DIW Berlin in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie.

Deutsche Unternehmen haben im Jahr 2015 weltweit knapp 69 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Die Ausgaben lagen fast doppelt so hoch wie im Jahr 2003. In Forschungsaktivitäten im Ausland flossen rund 35 Prozent aller Aufwendungen.

Genauer unter die Lupe genommen haben die Wissenschaftler die Aktivitäten der 104 forschungsstärksten deutschen Unternehmen anhand der zwischen 2012 und 2014 angemeldeten Patente. Die meisten Patente entfielen auf den Fahrzeugbau mit fast 30 Prozent, gefolgt vom Maschinenbau mit 18 Prozent, dem Bereich Datenverarbeitung, Elektronik und Optik mit 12 Prozent sowie der Chemieindustrie mit 10 Prozent. Die Hälfte aller Patentanmeldungen stammte von nur sechs Großunternehmen: Bosch, Siemens, Infineon, Volkswagen, Continental und BASF.

Während in der Automobilindustrie nur jede fünfte Erfindung im Ausland getätigt wurde, waren es im Maschinenbau und der Chemieindustrie mit rund 30 Prozent deutlich mehr. Im Schnitt lag der Auslandsanteil bei den Erfindungen der 104 Unternehmen im Untersuchungszeitraum bei 27 Prozent – und damit nur geringfügig unter dem Anteil an den Ausgaben, die für Forschung und Entwicklung im Ausland getätigt wurden. „Im Ausland wird also kaum weniger Forschung durchgeführt, die zu Patenten führt, als in der Heimat“, erklären die Forscher. „Originalität und Qualität der Unternehmensforschung im Ausland dürften kaum geringer sein als in Deutschland.“

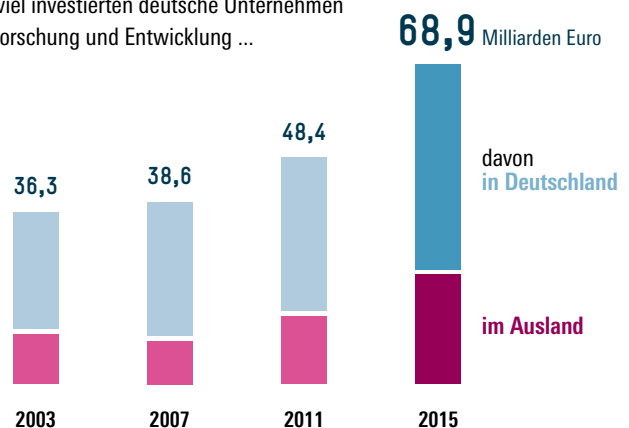
Die ausgewerteten Patentdaten ließen außerdem darauf schließen, in welchen Bereichen die Unternehmen forschen und welche Motive dahinter stecken: Konzentrieren sich die Firmen im Ausland besonders auf Technologien, in denen die jeweiligen Länder einen Vorsprung gegenüber Deutschland haben? Dies wäre ein Anhaltspunkt dafür, dass deutsche Unternehmen vor allem neues technologisches Wissen suchen, das ihnen im Heimatland nicht zur Verfügung steht. Oder forschen sie in Bereichen, auf die die Zielländer nicht spezialisiert sind, in denen diese also keinen besonderen Vorteil bieten? In dem Fall dürfte das Ziel sein, das in Deutschland entwickelte Wissen für andere

Märkte anzupassen. Das ist zum Beispiel dann nötig, wenn ein Produkt aus Deutschland auf spezifische Anforderungen der Kunden in einem anderen Land abgestimmt werden soll.

Nach Analyse der Patentanmeldungen kommen die DIW-Wissenschaftler zu dem Schluss: Die Forschung deutscher Unternehmen im Ausland geschieht überwiegend aus einer Position der technologischen Stärke im Heimatland heraus. Drei Viertel der Aktivitäten finden in Forschungsfeldern statt, in denen der Standort Deutschland im internationalen Vergleich stark ist. Das gilt besonders für die forschungsintensiven Branchen Maschinenbau, Chemie sowie Mess- und Steuertechnik. Nur 12 Prozent der Patente im Ausland weisen darauf hin, dass ein Unternehmen in Feldern forscht, auf die es in der Heimat nicht spezialisiert ist, das Zielland jedoch über technologische Stärke verfügt. Allerdings kommt diese am ehesten in Bereichen vor, deren Bedeutung im Zuge der Digitalisierung steigt, etwa in der Computertechnik, der Datenverarbeitung und der digitalen Kommunikation.

Forschung fast verdoppelt

So viel investierten deutsche Unternehmen in Forschung und Entwicklung ...



Quelle: DIW 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1585

Hans Böckler Stiftung

„Der Forschungsstandort Deutschland verliert durch die internationalen Aktivitäten nicht an technologischer Stärke“, lautet das Fazit der Wissenschaftler. In den meisten Fällen gehe es nicht darum, Forschung aus Deutschland abzuziehen, sondern das in Deutschland gewonnene Wissen zu erweitern. <

Quellen: Heike Belitz u.a.: Forschung deutscher Unternehmen im In- und Ausland, Working Paper der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 156, September 2019
Download: bit.do/impuls1586

Dies.: Deutsche Unternehmen konzentrieren ihre Forschung im Ausland auf die gleichen Technologien wie in der Heimat, DIW-Wochenbericht Nr. 36, September 2019 bit.do/impuls1587

Fairer Wandel mit Klimaprämie

Damit die Energiewende gelingt, sollte die Politik CO₂-Emissionen besteuern. Das IMK hat untersucht, wie das ohne soziale Verwerfungen geht.

Dass es ökologisch sinnvoll wäre, den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu verteuern, gilt als unstrittig. Dass es politisch riskant sein kann, die sozialen Auswirkungen zu vernachlässigen, haben die Gelbwesten-Proteste in Frankreich gezeigt. Entscheidend für das Gelingen einer CO₂-Steuer sei, dass sie einerseits den Ausstoß von Kohlendioxid verringert, andererseits Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen nicht zusätzlich belastet, erklären Sebastian Gechert, Katja Rietzler, Sven Schreiber und Ulrike Stein. Die IMK-Forscher haben in einem Gutachten für das Bundesumweltministerium analysiert, wie das zu schaffen ist. Sie kommen zu dem Schluss, dass eine Kombination aus CO₂-Steuer und „Klimaprämie“ grundsätzlich eine sozialverträgliche Lösung wäre, und empfehlen zusätzlich Übergangsregelungen für Pendler.

Eine Steuer auf Kohlendioxid hätte zum Ziel, den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu verringern und so den Klimaschutz voranzubringen, schreiben die IMK-Experten. Das Problem: Eine solche Steuer wäre „regressiv“, das heißt, sie würde Geringverdiener im Verhältnis zu ihrem Einkommen stärker belasten als Wohlhabende. Das liege daran, dass sich an bestimmten Grundbedürfnissen wie Heizung oder Warmwasser mit steigendem Einkommen nur wenig ändert. Zudem wohnen Geringverdiener häufiger in schlecht gedämmten Gebäuden mit veralteten Heizungen oder seien auf alte Autos mit hohem Spritverbrauch angewiesen. Um die Kluft zwischen den Einkommenschichten nicht noch weiter zu vergrößern, sei es nötig, die Einführung einer CO₂-Steuer mit einer Entlastung der unteren Einkommen zu verbinden – ohne die Lenkungswirkung der Steuer zu konterkarieren.

Prinzipiell ein geeignetes Instrument dafür wäre dem Gutachten zufolge eine sogenannte Klimaprämie. Die Idee: Das Aufkommen aus der Besteuerung von CO₂-Emissionen wird in Form eines einheitlichen Pro-Kopf-Betrags an alle Bürger ausgezahlt. Im Verhältnis zum Einkommen würde diese Auszahlung bei Geringverdienern höher ausfallen und damit dem regressiven Effekt der CO₂-Steuer entgegenwirken. Eine zweite Variante sieht eine feste Klimaprämie von 100 Euro pro Jahr vor. Wenn die Einnahmen aus der CO₂-Steuer die Auszahlungssumme übersteigen, soll mit

dem überschüssigen Geld je zur Hälfte die Prämie aufgestockt und Strom über eine Senkung der EEG-Umlage verbilligt werden.

Um beziffern zu können, wie sich die Einführung einer CO₂-Steuer mitsamt Klimaprämie auf die Einkommensverteilung auswirken würde, haben die IMK-Wissenschaftler unter anderem Daten des Sozio-oekonomischen Panels ausgewertet, die Informationen zu den Ausgaben privater Haushalte für verschiedene Energieträger beinhalten. Dabei sind sie von einer CO₂-Steuer ausgegangen, die 2020 bei 35 Euro je Tonne Kohlendioxid liegt und bis 2030 schrittweise auf 180 Euro steigt. Der CO₂-Ausstoß könnte dadurch bis 2025 um rund 33 Millionen Tonnen niedriger ausfallen, bis 2030 um rund 51 Millionen Tonnen.

Sozialverträglicher Klimaschutz

So würde sich eine Kombination aus CO₂-Steuer und Klimaprämie im Jahr 2020 durchschnittlich auswirken auf das jährliche Haushaltsnettoeinkommen des ...



Quelle: IMK 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1588

Hans Böckler Stiftung

Den Berechnungen der Forscher zufolge kämen durch die CO₂-Steuer im Jahr 2020 auf die privaten Haushalte im Schnitt direkte Mehrausgaben für Energieträger in Höhe von 89 Euro pro Person oder 0,45 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens zu. Da Unternehmen ihre eigenen Zusatzkosten zum Teil auf die Preise für andere Waren und Dienstleistungen überwälzen dürften, seien außerdem indirekte Mehrausgaben in Höhe von rund 20 Euro pro Person oder 0,1 Prozent des Nettoeinkommens zu erwarten. Wie zu erwarten, wären Geringverdiener überproportional betroffen: Beim ärmsten Zehntel summieren sich direkte und indirekte Effekte auf gut ein Prozent des Einkommens.

Wenn die CO₂-Steuer mit einer Klimaprämie kombiniert wird, ergibt sich dagegen ein anderes Bild: Unter dem Strich würden die unteren vier Zehntel der Einkommensverteilung entlastet. Das ärmste Zehntel hätte 2020 ein Plus von etwa 35 Euro oder 0,5 Prozent des Nettoeinkommens zu verbu-

chen. Bei den Haushalten im mittleren Bereich der Verteilung würden sich die Mehrausgaben durch die CO₂-Steuer und die Prämienauszahlungen ausgleichen. Hohe Einkommen würden im Schnitt um 0,15 Prozent belastet. „Die Maßnahme insgesamt ginge also tendenziell mit einer Umverteilung von hohen zu geringen Einkommen einher“, heißt es im Gutachten.

Auch im Jahr 2030, wenn die volle CO₂-Steuer in Höhe von 180 Euro pro Tonne fällig wird, kann zumindest das untere Fünftel laut IMK mit einer Nettoentlastung rechnen. Beim ärmsten Zehntel entspräche diese Entlastung 0,9 Prozent des Einkommens. Die mittleren Schichten würden um 0,3 Prozent belastet, die reichsten Privathaushalte um 0,45 Prozent. Etwas weniger progressiv fallen die Auswirkungen aus, wenn das Steueraufkommen teilweise zur Verbilligung von Strom verwendet wird. Die Ergebnisse seien zudem davon abhängig, dass die Energiekonzerne die Senkung der EEG-Umlage komplett an die Verbraucher weitergeben, so die Experten.

Ob ein Haushalt durch die Kombination von CO₂-Steuer und Klimaprämie entlastet wird oder draufzahlt, hängt den Berechnungen des IMK zufolge abgesehen vom Einkommen vor allem vom Mobilitätsverhalten ab. Autofahrer – egal, ob Arbeitnehmer, Rentner oder Studierende – müssen in der Regel mit einem Minus rechnen. Eine Ausnahme stellen Haushalte mit mehreren Kindern dar, die davon profitieren, dass die Prämie pro Kopf ausgeschüttet wird. Insbesondere bei Pendlern, die mit dem Auto unterwegs sind, gleicht die Entlastung die zusätzlichen Kosten nicht aus. Die IMK-Forscher rechnen vor, dass 2030 nur noch dem ärmsten Zehntel der Pendler-Haushalte unter dem Strich mehr Geld bliebe. Die höchste Nettobelastung im Verhältnis zum Einkommen droht dem drittärmsten Zehntel. Der Grund: Die

Betroffenen fahren bei verhältnismäßig geringem Einkommen verhältnismäßig viel Auto.

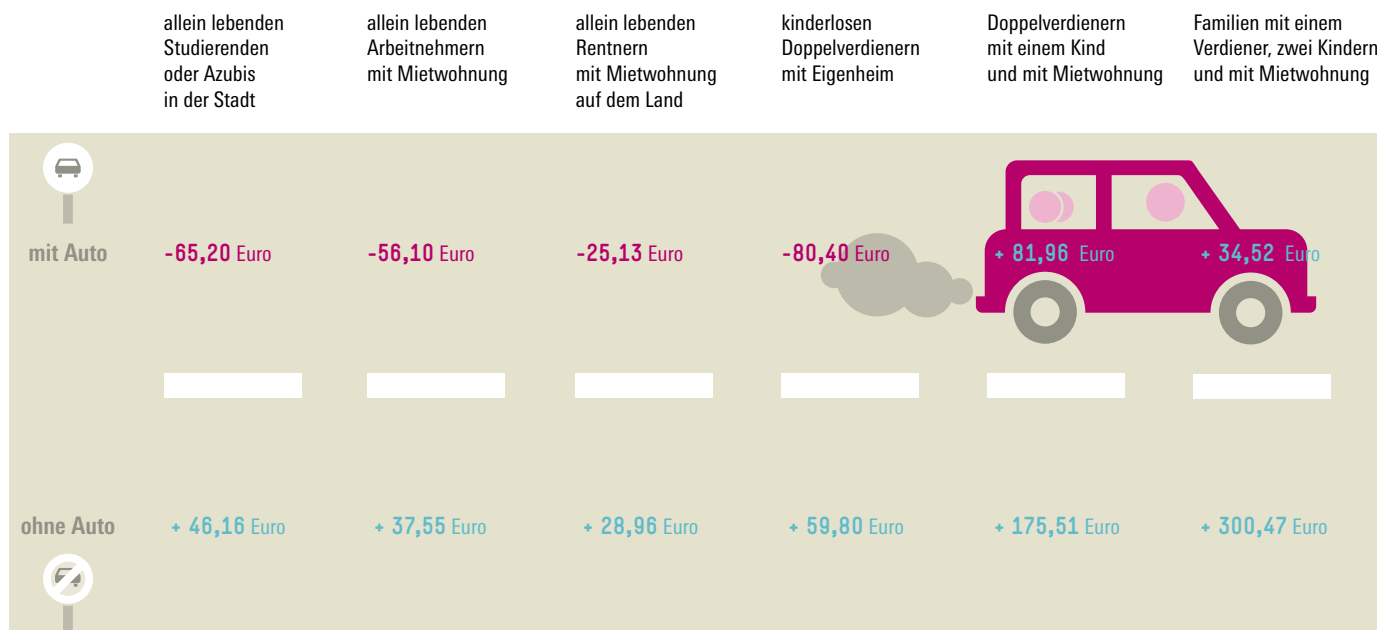
Autofahrten zu verteuern, sei zwar grundsätzlich sinnvoll, um Verbraucher zu einem Umstieg auf weniger klimaschädliche Verkehrsmittel zu bewegen, so die Wissenschaftler. Ein Problem sehen sie allerdings darin, dass vor allem Pendler im ländlichen Raum momentan kaum Alternativen haben. Daher empfehlen sie, die Auswirkungen auf ärmere Pendler-Haushalte für einen Übergangszeitraum finanziell abzufedern, beispielsweise durch die Einführung eines Mobilitätsgelds, das anders als die Entfernungspauschale auch Geringverdienern zugutekäme, die wenig Einkommenssteuer zahlen. Gleichzeitig gelte es, den öffentlichen Personenverkehr massiv und rasch auszubauen. Zudem könnten Maßnahmen zur Verringerung des Verkehrsaufkommens wie beispielsweise Telearbeit gezielt gefördert werden.

Auch die Auswirkungen auf Empfänger von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung im Alter sollten bedacht werden, mahnen die Autoren. Zwar gelte grundsätzlich, dass die entsprechenden Leistungen die Kosten der Unterkunft inklusive Heizung und Warmwasser abdecken. Zudem müssten erhöhte Kraftstoff- oder Benzinpreise eigentlich zu Anpassungen des Regelbedarfs führen, der sich an einem Referenzwarenkorb und dessen Preisentwicklung orientiert. Allerdings sei hier mit Verzögerungen zu rechnen. Wenn gleichzeitig die Klimaprämie ähnlich wie das Kindergeld mit der Sozialleistung verrechnet wird, drohe vielen Empfängern eine spürbare Zusatzbelastung. Inwieweit die Prämie bei der Bedarfsermittlung anzurechnen ist, sollte die Politik daher genau prüfen. <

Quelle: Sebastian Gechert, Katja Rietzler, Sven Schreiber, Ulrike Stein: Wirtschaftliche Instrumente für eine klima- und sozialverträgliche CO₂-Bepreisung, Juli 2019 bit.do/impuls1589

Wie sich die Klimaprämie auswirkt

So würde sich eine Kombination aus CO₂-Steuer und Klimaprämie im Jahr 2020 durchschnittlich auswirken auf das jährliche Haushaltsnettoeinkommen von ...



Quelle: IMK 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1590

Hans Bockler Stiftung

Wohlstand wächst langsam

Im jüngsten Aufschwung hat der gesamtgesellschaftliche Wohlstand zugenommen – allerdings weniger als die Wirtschaftsleistung. Das zeigt der von einem Wissenschaftlerteam um den Heidelberger Professor Hans Diefenbacher im Auftrag des IMK berechnete Nationale Wohlfahrtsindex (NWI). Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,2 Prozent zunahm, stieg der Wohlstandsindex im Jahr 2017, so die neuesten verfügbaren Zahlen, nur um 0,9 Prozent.

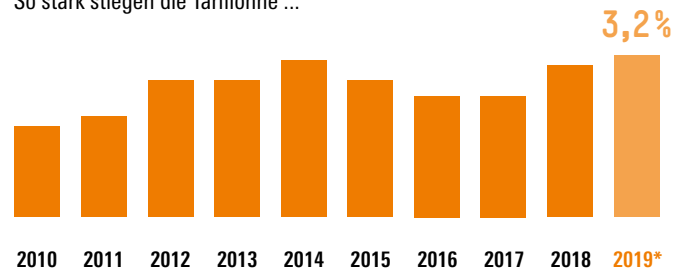
Der NWI soll ein realistischeres Bild der Wohlfahrtsentwicklung als das BIP vermitteln. Insgesamt lassen die Forscher 20 Komponenten in den Index einfließen. Zu den wichtigsten zählt der private Konsum, bei dem auch die Einkommensverteilung berücksichtigt wird. Wird die Verteilung ausgeglichener, steigt der Wohlstand, was positiv in den Index eingeht. Steigende Ungleichheit führt zu einem Abzug. Darüber hinaus erfasst der NWI auch die Wertschöpfung durch Hausarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten sowie einen Teil der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung als wohlfahrtsstiftend. Von der Bilanz abgezogen werden Aufwendungen zur Beseitigung von Umweltbelastungen, Kosten für nicht erneuerbare Energieträger, Schäden durch Luftverschmutzung, Treibhausgase oder Lärmbelästigung sowie Kosten, die durch Kriminalität und Verkehrsunfälle entstehen. Auf diese Weise haben die Forscher in ihre Berechnung einen Korrekturfaktor eingebaut, der „Schattenseiten“ des Wirtschaftens berücksichtigt.

In der längeren Frist klaffen BIP und Wohlstandsindex weit auseinander. Das BIP ist zwischen 1991 und 2017 real um rund 43 Prozent gewachsen. Der gesamtgesellschaftliche Wohlstand in der Bundesrepublik hat hingegen im gleichen Zeitraum lediglich um knapp 8,1 Prozent zugenommen. Besonders schwach hat sich der NWI in der Zeit von 1999 bis 2005 entwickelt, vor allem, weil die Einkommensungleichheit in Jahren hoher Arbeitslosigkeit und stagnierender Löhne anstieg. Trotz der „Verstetigung eines positiven Trends“ in jüngster Zeit, so die Forscher, befand sich das gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsniveau deshalb Ende 2017 nur auf dem gleichen Stand wie 20 Jahre zuvor. <

Quelle: Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser, Hans Diefenbacher: NWI 2019 – Verstetigung des positiven Trends, IMK Policy Brief, August 2019
Download: bit.do/impuls1591

Mehr Geld für Arbeitnehmer

So stark stiegen die Tariflöhne ...



*Prognose auf Basis des ersten Halbjahres
Quelle: WSI-Tarifarchiv 2019 Grafik bit.do/impuls1592

Hans Böckler
Stiftung

TARIFE

Löhne steigen kräftig

Die Tariflöhne steigen in diesem Jahr um gut drei Prozent. Das stützt die Wirtschaft.

2019 dürften die Tariflöhne im Schnitt um 3,2 Prozent zulegen. Dies ergibt sich aus der aktuellen Halbjahresbilanz des WSI-Tarifarchivs. Die Tarifierhöhungen liegen damit noch einmal leicht oberhalb des Vorjahres, in dem sie um 3,0 Prozent zugenommen hatten. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Preissteigerung ergibt sich ein Reallohnzuwachs von 1,6 Prozent.

„Insgesamt bestätigen die Tarifabschlüsse im ersten Halbjahr den Trend des Vorjahres zu deutlich höheren Lohnzuwächsen“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Thorsten Schulten. „Damit leisten die Tariflöhne einen wichtigen Beitrag dafür, die Binnennachfrage zu stärken und einer sich abkühlenden Konjunktur entgegenzuwirken.“ Besonders hoch fallen die Tarifzuwächse in diesem Jahr in den großen Tarifbranchen aus. In der Metallindustrie beträgt die jahresbezogene Erhöhung 4,1 Prozent, gefolgt von der Eisen- und Stahlindustrie mit 3,9 Prozent und dem öffentlichen Dienst der Länder mit 3,6 Prozent. Weitere Beispiele: Im Bauhauptgewerbe steigen die Tariflöhne um 3,3 Prozent, in der Textilindustrie und dem privaten Verkehrsgewerbe um jeweils 3,2 Prozent, im Hotel und Gaststättengewerbe um 2,8 Prozent und bei der Deutschen Bahn um 2,5 Prozent. Im Gebäudereinigerhandwerk liegen die Zuwächse bei 2,3 Prozent und bei der Deutschen Post sind es 2,1 Prozent. Noch nicht berücksichtigt sind hier die im Juli 2019 erzielten Tarifabschlüsse im Einzelhandel und im Bankgewerbe.

Im ersten Halbjahr 2019 schlossen die DGB-Gewerkschaften für insgesamt etwa 3,3 Millionen Beschäftigte neue Tarifverträge ab. Die durchschnittliche Laufzeit beträgt 26,5 Monate, so dass die große Mehrzahl der Vereinbarungen zweistufige Lohnerhöhungen für 2019 und 2020 vorsieht. Im zweiten Halbjahr 2019 finden weniger Tarifverhandlungen statt als in den ersten sechs Monaten. <

Tarif lohnt sich für Azubis

Wer in der Ausbildung nach Tarif bezahlt wird, verdient meist deutlich mehr als die geplante Mindestvergütung. Die Unterschiede je nach Branche und Region sind jedoch erheblich.

Die in Tarifverträgen vereinbarten Ausbildungsvergütungen unterscheiden sich je nach Branche und Region sehr stark. Im ersten Ausbildungsjahr reicht die Spannweite von 325 Euro im Friseurhandwerk in Brandenburg bis zu 1037 Euro in der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg. Dies geht aus einer aktuellen Auswertung von 20 Branchen hervor, die das WSI vorgelegt hat.

„In der großen Mehrzahl der Tarifbranchen liegen die Vergütungen für Auszubildende bereits heute deutlich oberhalb der geplanten Mindestausbildungsvergütung, die nach dem Willen der Bundesregierung ab 2020 bei 515 Euro liegen soll“, so der Leiter des WSI-Tarifarchivs Thorsten Schulten. „Das Problem sind jedoch viele nicht-tarifgebundene Unternehmen, die mitunter ihre Auszubildenden immer noch deutlich schlechter bezahlen. Die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung ist deshalb nicht zuletzt auch für die Stabilisierung des Tarifvertragssystems wichtig. Hierzu hätte sie durchaus auch noch etwas höher ausfallen können, ohne die Tarifverträge in der Breite zu tangieren.“

Bei der Höhe der tariflichen Ausbildungsvergütungen lassen sich für das erste Ausbildungsjahr vier Gruppen unterscheiden. Die höchsten Ausbildungsvergütungen mit monatlichen Beträgen zwischen 900 und knapp über 1000 Euro finden sich in der Metall- und Elektroindustrie, im Bank- und Versicherungsgewerbe, im öffentlichen Dienst, in der chemischen Industrie, in der Druckindustrie und bei der Deutschen Bahn AG.

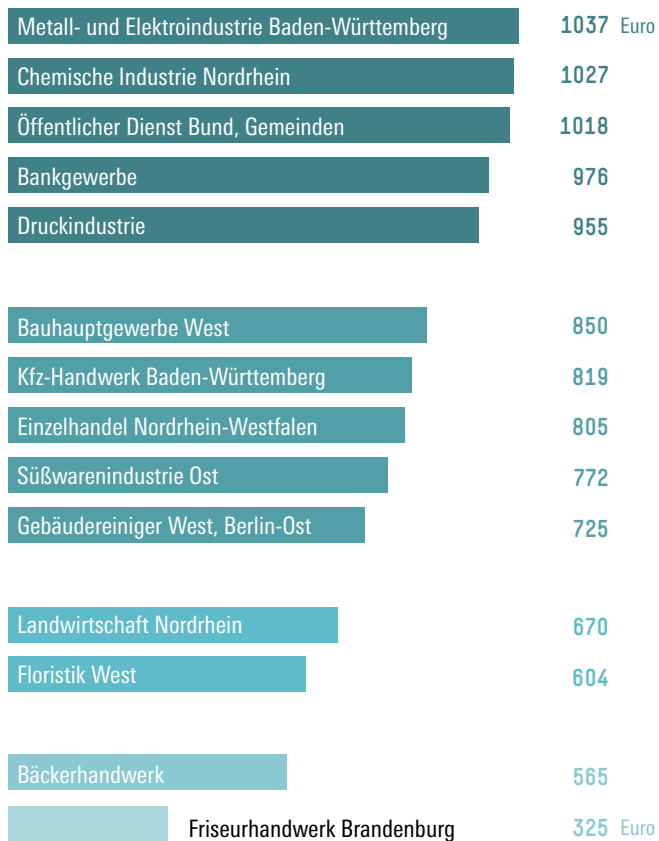
Eine zweite Gruppe mit Ausbildungsvergütungen zwischen 700 und 900 Euro umfasst die ostdeutsche Textilindustrie, das Bauhauptgewerbe, den Einzelhandel, die Holz- und Kunststoff verarbeitende Industrie, das private Verkehrsgewerbe und die Süßwarenindustrie sowie in westdeutschen Tarifbezirken das Gebäudereinigerhandwerk, das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Textilindustrie und das Kfz-Handwerk.

In der dritten Gruppe mit Ausbildungsvergütungen zwischen 600 und 700 Euro finden sich neben der Landwirtschaft im Tarifbezirk Nordrhein und der westdeutschen Floristik vor allem ostdeutsche Tarifbereiche, darunter das Gebäudereinigerhandwerk, das Hotel- und Gaststättengewerbe, das Kfz-Gewerbe und die Landwirtschaft. Schließlich gibt es eine kleine vierte Gruppe mit Ausbildungsvergütungen von unter 600 Euro. Hierzu gehören das Bäcker- und Friseurhandwerk sowie die Floristik in Ostdeutschland.

Große Unterschiede zeigen sich auch in den weiteren Ausbildungsjahren: Im dritten Ausbildungsjahr reicht die Spanne beispielsweise von 470 Euro im Friseurhandwerk in Brandenburg bis zu 1475 Euro im westdeutschen Bauhauptgewerbe. Die aktuellen Ausbildungsvergütungen zeigen damit ähnlich große Differenzierungen wie die Tariflöhne. Bundeseinheitliche Tarifregelungen zu den Ausbildungsvergütungen gibt es nur in wenigen Branchen, wie zum Beispiel bei Banken und Versicherungen, dem öffentlichen Dienst, der Druckindustrie, der Deutschen Bahn AG oder dem Bäckerhandwerk. <

Metallberufe an der Spitze

Im ersten Lehrjahr verdienen Auszubildende monatlich in der Branche ...



Ein Auszubildender im Kfz-Handwerk verdient im ersten Lehrjahr in ...



IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: +49 211 77 78-0
Verantwortlich: Michael Guggemos, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen
Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckermann
redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: +49 211 77 78-631, Telefax: +49 211 77 78-4631
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

LÖHNE

Mindestlohn ist gut für die Gesundheit

Die Einführung des Mindestlohns in Deutschland hat dazu geführt, dass sich die Beschäftigten, die davon profitieren, deutlich gesünder fühlen. Die Wissenschaftler des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) führen das darauf zurück, dass für viele die wöchentliche Arbeitszeit gesunken ist.

Quelle: IAB, August 2019 bit.do/impuls1595

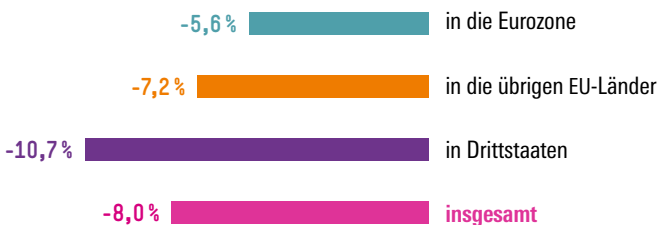
AUSSENHANDEL

Deutschland exportiert weniger

Der Wert der von Deutschland exportierten Waren betrug in ...



So entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahresmonat im Juni 2019 die Exporte ...



Quelle: Destatis, August 2019 bit.do/impuls1596

INDUSTRIE

Jeder zehnte Euro in den Umweltschutz

Im Jahr 2017 investierten Industrieunternehmen in Deutschland 8,4 Milliarden Euro in Anlagen für den Umweltschutz. Diese dienen zum Beispiel der Verringerung, Vermeidung oder Beseitigung von Emissionen oder ermöglichen eine schonendere Nutzung von Ressourcen. Die Umweltschutzinvestitionen entsprechen einem Anteil von rund zehn Prozent an allen getätigten Investitionen.

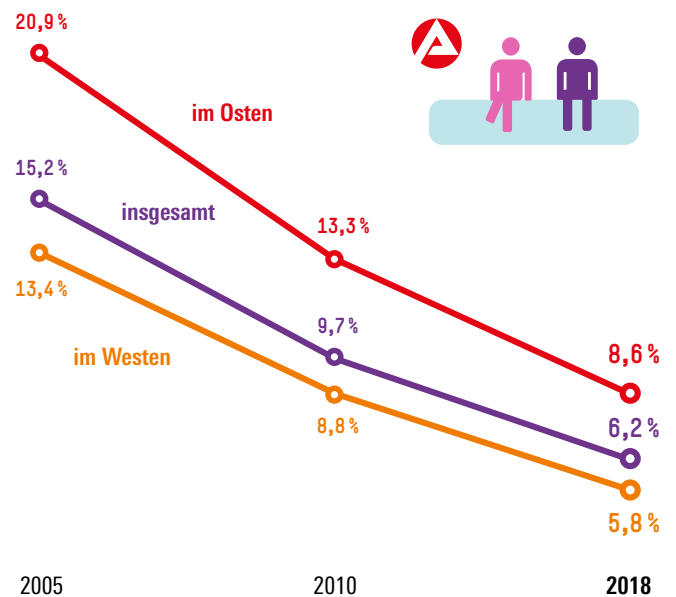


Quelle: Destatis, August 2019 bit.do/impuls1597

ARBEITSMARKT

Jugendarbeitslosigkeit deutlich gesunken

Die Erwerbslosenquote bei 15- bis 24-Jährigen betrug ...

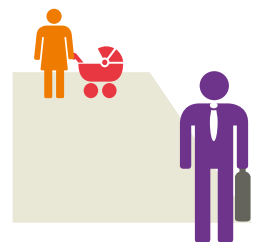


Quelle: Destatis, August 2019 bit.do/impuls1598

FAMILIE UND BERUF

Mehr Väter in Elternzeit, meist aber kurz

Immer mehr Väter in Deutschland pausieren vom Job und nehmen Elternzeit, allerdings sind sie nach wie vor deutlich in der Minderheit. Das zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Der Anteil der Männer, die Elternzeit nehmen, ist seit Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 von zuvor etwa drei Prozent auf 37 Prozent im Jahr 2016 gestiegen. Im Vergleich dazu nehmen mehr als neun von zehn Müttern Elternzeit. Auch die Nutzungsdauer des Elterngeldes ist ungleich: Von den Männern, die im Jahr 2018 Elterngeld bezogen, taten dies fast 72 Prozent nur für das Minimum von zwei Monaten, bei den meisten Müttern sind es mindestens zehn Monate. Der Studie zufolge halten sich Väter vor allem aus finanziellen Gründen zurück, zudem befürchten viele negative berufliche Konsequenzen.



Quelle: DIW, August 2019 bit.do/impuls1599